

Botschaft von Rom

Aus Anlass des 50. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge trafen sich in Rom auf Einladung der Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft (COMECE) vom 23. bis 25. März 2007 über 400 Delegierte aus Bischofskonferenzen, Ordensgemeinschaften, katholischen Verbänden und Bewegungen sowie anderen christlichen Kirchen zu einem europäischen Kongress unter dem Titel „Werte und Perspektiven für Europa - 50 Jahre Römische Verträge“. Sie richteten an die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten der Europäischen Union, sowie den Präsidenten des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission, die am 25. März 2007 aus gleichem Anlass zu einer feierlichen Sitzung des Europäischen Rates in Berlin zusammen kommen, die nachstehende Botschaft.

1. Im Lichte der Geschichte der Europäischen Gemeinschaften halten wir die Römischen Verträge für einen wichtigen Schritt auf dem Weg einer Integration der europäischen Staaten und Völker. Wir sind dankbar für die Anstrengungen vieler Vertreter unserer Völker für den Frieden und zugunsten einer europäischen Wiedervereinigung, die jedoch noch nicht vollendet ist. Aus den Verirrungen eines übersteigerten Nationalismus und totalitärer Ideologien, die zu Krieg, Vernichtung und Freiheitsverlust führten, haben sie die richtigen Lehren gezogen. Die Ergebnisse dieses halben Jahrhunderts sind im Bericht „Ein Europa der Werte“ beschrieben, den der Kongress entgegen genommen hat. Es ist unsere Aufgabe, den Aufbau Europas heute fortzusetzen, ohne zu vergessen, dass es sich dabei um eine Jahrhundertaufgabe handelt. Unsere Vorfahren brauchten mehr als hundert Jahre,

eine neue Kathedrale für nur einige Menschen zu bauen; in 50 Jahren haben wir eine neue „Kathedrale“ für alle Europäer gebaut.

2. Wir erinnern daran, dass sich alle Mitgliedsstaaten, durch Unterzeichnung und Ratifizierung der Römischen Verträge wie der folgenden europäischen Abkommen, freiwillig für den Integrationsprozess entschieden haben. Heute, im März 2007, steht die Europäische Union wieder vor wichtigen Herausforderungen. Sie müssen angenommen werden, um die Zukunft der Europäischen Union zu gestalten. Sie muss eine internationale Zusammenarbeit zur Bekämpfung der Armut vor allem in Afrika, der Ausbeutung von Frauen und Kindern und auch von Menschenrechtsverletzungen entwickeln. Sie muss sich den Ursachen und Folgen des Klimawandels stellen. Dabei gilt es, die Erfahrungen möglichst vieler Mitgliedstaaten der Union zu berücksichtigen. Sie muss den gestiegenen Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger an die Europäische Union gerecht werden, eine Antwort auf die Globalisierung zu geben. Sie muss eines angemessenen sozialen Schutz bewahren. Es wird immer dringender, den Bürgerinnen und Bürgern weit entfernte und schwer durchschaubare politische Institutionen näher zu bringen. All dies verlangt dringend danach, den eingeschlagenen Weg zu bekräftigen und der Europäischen Union eine neue, umfassendere Begründung zu geben. Dies wird es ermöglichen, ihre ursprüngliche Dynamik wieder zu finden. Auf diese Weise würden viele junge Menschen Europas größter Reichtum werden.

3. Wir verfolgen mit großem Interesse die Gespräche zwischen den Staats- und Regie-

rungschefs, sowie den Präsidenten des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission, die eine einvernehmliche Lösung zur Überwindung der Phase des Nachdenkens in Europa zum Ziel haben. Wir hoffen, dass eine institutionelle Lösung – wie auch immer sie aussehen wird – die Menschenwürde und die sich daraus ableitenden Werte, wie die Religionsfreiheit in all ihren Dimensionen, sicherstellt. Sie muss auch die institutionellen Rechte der Kirchen und Religionsgemeinschaften schützen. Sie sollte außerdem ausdrücklich das christliche Erbe dieses Kontinentes erwähnen. Im Dialog über und für das Gemeinwohl aller Bürger tragen wir zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts bei. Dieser ist heute für Europa sehr wichtig und notwendig.

4. Wir bestehen darauf, dass sich die Europäische Union an den Werten und Prinzipien orientiert, die das europäische Einigungswerk seit seinen Anfängen motiviert haben. Diese sind die Würde des Menschen, die Gleichberechtigung von Mann und Frau, Friede und Freiheit, Wiederversöhnung und gegenseitige Achtung, Solidarität und Subsidiarität, die Rechtsstaatlichkeit, Gerechtigkeit und die Ausrichtung am Gemeinwohl. Diese sind unverzichtbar, besonders im Licht einer Wiederkehr nationalistischer, rassistischer, fremdenfeindlicher und egoistischer Tendenzen in unseren Ländern. Die europäischen Institutionen sollten nur in den Bereichen ihrer Kompetenz tätig werden und nicht in Bereichen nationaler Zuständigkeit. Wir fordern daher die Mitgliedstaaten auf, im Rahmen ihrer demokratischen Gesetzgebung das Leben von der Empfängnis an bis zu seinem natürlichen Ende zu achten und die Familie als die natürliche Verbindung von Mann und Frau in der Ehe zu fördern. Die Achtung der individuellen bürgerlichen Rechte darf nicht die Institution der Ehe und der Familie als Grundlage der Gesellschaft untergraben.

5. In unseren Gemeinschaften, Vereinen und Bewegungen tragen wir Christen mit unserem Einsatz dazu bei, jene Initiativen zu unterstützen, welche die ursprüngliche menschliche Natur – nach Gottes Ebenbild geschaffen und in der Person Jesu Christi offenbart – achten, und die daher wirkliche Versöhnung, Frieden, Freiheit, Solidarität, Subsidiarität und Gerechtigkeit fördern. „Im Integrationsprozess des Kontinents“, so Papst Johannes Paul II, „ist es von grundlegender Bedeutung zu berücksichtigen, daß die Union keinen festen Bestand haben wird, wenn sie nur auf geographische und ökonomische Dimensionen beschränkt bliebe; vielmehr muß sie vor allem in einer Übereinstimmung der Werte bestehen, die im Recht und im Leben ihren Ausdruck finden.“ (Ecclesia in Europa, 110).

Möge Gott Europa segnen und die Jungfrau Maria Europa schützen.